
FDP Frankfurt am Main

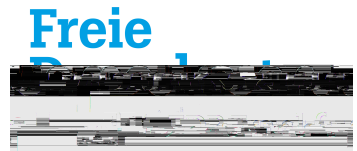
FRANKFURTER THEMEN IM LANDTAG PLATZIEREN

20.12.2018

Die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag hat die Zuständigkeiten und Sprecherfunktionen an die jeweiligen Landtagsabgeordneten verteilt. Der Frankfurter Landtagsabgeordnete [Yanki Pürsün](#) wird zukünftig für die Themenbereiche Integration, Zuwanderung, Petitionen, Soziales, Familie sowie Gesundheit und Pflege zuständig sein. Mit den Zuständigkeiten für Soziales, Gesundheit und Pflege knüpft Pürsün an seine Fachsprecherfunktion im Frankfurt Römer an. Dort arbeitet er seit der letzten Kommunalwahl 2016 für die FDP im Gesundheits- und Sozialausschuss mit.

„In den letzten zwei Jahren habe ich mich als Frankfurter Stadtverordneter besonders für eine bessere Hebammenversorgung eingesetzt. Wir haben im Rhein-Main-Gebiet einen eklatanten Hebammenmangel, der dazu führt, dass viele schwangere Frauen keine Hebamme für die Wochenbettbetreuung finden. Für eine familienfreundliche Stadt wie Frankfurt ein unhaltbarer Zustand. Als Landtagsabgeordneter werde ich dieses wichtige Thema in Wiesbaden für Frankfurt angehen“, so der Frankfurter FDP-Landtagsabgeordnete Yanki Pürsün. Eine Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung ist für Pürsün ebenfalls essenziell. Inklusion müsse stärker von der Politik unterstützt werden. „Bürgerinnen und Bürger mit Behinderung müssen deutlich mehr Unterstützung erhalten, um so eine bessere Teilhabe zu garantieren“, erklärt Pürsün mit Nachdruck. Die Umsetzung einer Schwer-in-Ordnung-Ausweishülle, so wie sie in einigen Bundesländern schon existiert, wäre ein gutes Signal, dem natürlich Taten folgen müssten.

Auch in den Bereichen Integration und Zuwanderung sowie Petitionen verfügt Pürsün bereits über das notwendige Fachwissen, welches seiner Arbeit in den jeweiligen Ausschüssen zugutekommen wird. „Petitionen sind ein wichtiges Instrument der Demokratie, das den Bürgerinnen und Bürgern ein persönliches Recht auf Gehör



einräumt und gleichzeitig den Abgeordneten zeigt, womit die Menschen in Hessens unzufrieden sind. Wir Freie Demokraten haben uns bereits in der letzten Legislaturperiode als Sprecher jener verstanden, die sich im Umgang mit Behörden benachteiligt oder sogar ungerecht behandelt fühlen – daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern“, erklärt Pürsün.